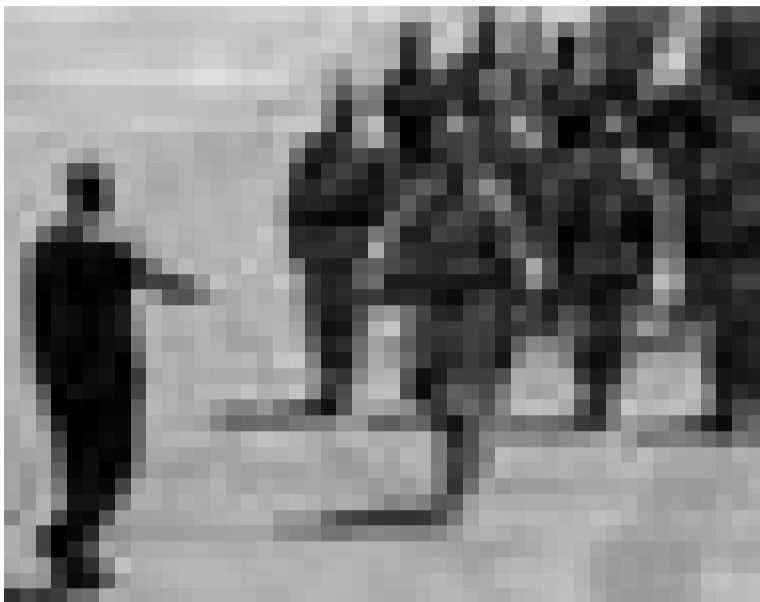


CHEMIEWAFFEN

# Grassierender Gedächtnisverlust



Bush-Krieg eins: Tausende US-Veteranen leiden noch an den Folgen des Irak-Feldzugs von 1991. (Foto: Fosar/Bludorf)

**Der Anwalt Gary Pitts versucht seit zehn Jahren, Entschädigungszahlen für US-Veteranen einzutreiben, die unter dem Golfkriegssyndrom leiden.**

Es ist alles eine Frage der passenden Rhetorik: "Unsere Lieferungen haben humanitären Zwecken gedient", fasst Nikolai Juchem die Geschäfte der Preussag AG mit dem Baath-Regime zusammen. Der Sprecher des Tui-Konzerns, zu dem das Chemieunternehmen mittlerweile gehört, bezieht sich dabei auf knapp 200 Tonnen Chemikalien, die die Preussag und die mit ihr verbundene Firma W.E.T. bis Mitte der 80er Jahre in den Irak geliefert haben.

Zur Wasseraufbereitung seien die Substanzen bestimmt gewesen, so Juchem, doch seien viele Chemikalien zweifelsohne "dual-use-fähig" und könnten also auch zur Herstellung von Chemiewaffen verwendet werden: "Was hier von Seiten des Irak geschehen ist, das können wir nicht sagen."

## Beweis bisher schuldig geblieben

Der Anwalt Gary Pitts aus Houston sieht das jedoch ganz anders: "Sie haben die Gebäude errichtet, sie haben die Anlagen gebaut und die Basisstoffe zur Chemiewaffenproduktion geliefert – und die sagen, sie hätten nichts damit zu tun?" Pitts vertritt die Interessen jener Golfkriegsveteranen, die unter dem so genannten Golfkriegssyndrom leiden. Er wirft Unternehmen wie der Preussag vor, sie seien durch ihre Beteiligung am irakischen Chemiewaffenprogramm mitverantwortlich für die Schäden, die US-Soldaten im Zuge des Golfkriegs vor zwölf Jahren davongetragen haben.

Damals bombardierten die alliierten Truppen unter anderem Bunkeranlagen, in denen das ira-

kische Militär offenbar auch das Nervengas Sarin lagerte. Das Gift verflüchtigte sich, und "etwa 100.000 Mann waren geringen Mengen Chemikalien" ausgesetzt, wie das Pentagon 1996 bestätigte.

Seit etwa zehn Jahren versucht Pitts deshalb, von Firmen aus Europa und den USA Entschädigungszahlungen einzuklagen – bislang mit geringem Erfolg. Denn einen Nachweis, dass Symptome wie Gedächtnisverlust, starke Muskelschmerzen, chronische Müdigkeit oder gar Gehirnschäden auf jene schwachen Dosen des Nervengases zurückzuführen sind, mit denen die Soldaten in Kontakt kamen, musste er schuldig bleiben.

Das soll sich nun ändern. Denn Robert Haley vom medizinischen Zentrum der Universität Texas glaubt, den Zusammenhang zwischen dem Golfkriegssyndrom und der irakischen Giftgasproduktion belegen zu können.

Und Gary Pitts hat mittlerweile noch ein Ass im Ärmel: Er ist im Besitz jener Zuliefererliste, die das irakische Regime 1998 auch den Waffeninspektoren der UNO ausgehändigt hat. "Wir haben gemerkt, dass wir diese Liste brauchen, um Beweise liefern zu können", erinnert er sich. "Nachdem die Anfragen bei der UNO und bei der US-Regierung jedoch unbeantwortet blieben, sagten wir uns: Warum versuchen wir nicht, sie von den Irakern zu bekommen?"

Im Spätsommer 2002 beauftragte Pitts den ehemaligen UN-Waffeninspekteur Scott Ritter damit, in den Irak zu reisen. Ritter traf sich dort unter anderem mit dem irakischen Außenminister Tarek Aziz. Der ließ ihm, auch aufgrund einer drohenden militärischen Intervention, drei CD-Roms mit dem kompletten irakischen Rüstungsbericht von 1998 zukommen. Zurück in den Staaten gab Ritter die Informationen an Pitts weiter, der mit dem FBI vereinbarte, aus Sicherheitsgründen nur die Liste mit den Lieferanten öffentlich zu machen. Deren Authentizität wird bislang nicht in Frage gestellt. "Ich habe keinen Grund die Echtheit von Pitts' Liste zu bezweifeln", bestätigte ein Sprecher des UN-Waffeninspektionssteams gegen.

## Trainingslager für Gabelstapler

Eine Kopie der Liste liegt auch der woxx vor: Darin wurden 56 Unternehmen aufgeführt, und unter den 35 Hauptlieferanten finden sich allein 14 aus Deutschland. An erster Stelle: die Preussag AG. Je drei Firmen stammen aus den Niederlanden und der Schweiz, jeweils zwei aus Frankreich, Österreich und den USA. Zu den weiteren Unternehmen zählt auch eines aus Luxemburg.

31 dieser Großlieferanten will der Anwalt nun im Namen von

über 5.000 Veteranen auf Schadensersatz in Milliardenhöhe verklagen – zu den restlichen vier verfügt er über keinerlei Ortsangaben.

Einige der Unternehmen, wie etwa Reininghaus-Chemie in Essen, reagieren auf Anfragen entsprechend gereizt. "Es gab ein Gerichtsverfahren gegen uns, und bei dem wurden wir freigesprochen", sagt auch Peter Port von der Ludwig Hammer GmbH mit Blick auf den so genannten Darmstädter Giftgasprozess von 1994. Die Geschäfte des Kleinbetriebs aus dem hessischen Kleinostheim mit dem Irak hätten ausschließlich der zivilen Nutzung gedient. "Wir haben in Schulen und in einem Universitätskrankenhaus Heizung und Kühlung eingebaut, ebenso in einem Trainingslager für Gabelstapler bei Basra." Von einer Beteiligung seiner Firma am Aufbau der Giftgasfabrik in Samarra will Port jedoch nichts wissen.

Gelassen gibt sich hingegen die Tui, die der Klage "ganz entspannt" entgegenseht, wie Nikolai Juchem versichert. Und auch Geschäftsführer Dieter Backfisch von der Karl Kolb GmbH in Dreieich meint: "Es gibt keine neuen Beweise." Drei angeklagte Mitarbeiter des hessischen Unternehmens, das wegen seiner Handelsbeziehungen mit dem Irak zuletzt im Zuge des erwähnten Darmstädter Prozesses vor Gericht stand, wurden 1994 frei gesprochen.

Die Verantwortlichen von Oriac International aus Luxemburg konnten bislang nicht auffindig gemacht werden. Auch ein Blick ins örtliche Handelsregister ergab keinerlei Hinweise auf den Verbleib des Unternehmens und seiner Mitarbeiter. "Das könnte eine der Firmen sein, die nur zu dem Zweck gegründet wurden, um diesen Deal zu machen und sie dann wieder aufzulösen", mutmaßt Gary Pitts.

Bevor er die Klagen einreicht, hat Pitts dieser Tage die 31 Betriebe angeschrieben, um ihnen eine außergerichtliche Einigung anzubieten. Dieter Backfisch von der Karl Kolb GmbH, der das Schreiben noch nicht erhalten haben will, winkt jedoch ab: "Wir sind eine Firma mit drei Leuten, wir haben keine müde Mark für so etwas übrig." Zwar werde man bei Erhalt des Briefes dazu Stellung nehmen, "aber nur um Pitts zu sagen, dass er besser recherchieren soll, damit er keinen Fehler macht – das alles ist bereits gerichtlich geklärt."

"Mit dieser Aussage bezieht sich Backfisch auf den Darmstädter Prozess", entgegnet Pitts, der bereits mit einigen Unternehmen über Entschädigungszahlungen verhandelt: "Damals lagen dem Staatsanwalt nicht die Beweise vor, die wir jetzt haben. Wenn er sie gehabt hätte, säßen heute einige Leute im Gefängnis."

**Thorsten Fuchshuber**

kommentar

## Keine Mauerblümchen

**Eduardo Dias und Acácio Pinheiro vertreten die PortugiesInnen in Luxemburg. Für ihre Unzufriedenheit gibt es genügend Anlass.**

Etwa 4,5 Millionen portugiesische StaatsbürgerInnen leben außerhalb Portugals. Ihre Interessen werden vom so genannten Conselho das Comunidades Portuguesas wahrgenommen, ein 100 Mitglieder zählendes Gremium. Seit der Wahl zum Conselho am 30. März vertreten Eduardo Dias und Acácio Pinheiro die rund 70.000 PortugiesInnen aus Luxemburg. Die beiden Delegierten haben sich vorgenommen, kein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Anfang April lancierte das Bautenministerium eine Stellenanzeige: Die Straßenbaubehörde suche Straßenbauarbeiter – Hauptkriterium für eine Anstellung ist die luxemburgische Staatsbürgerschaft. Arbeitsplätze nur für LuxemburgerInnen zu reservieren, ist nicht nur ein Affront gegenüber Nicht-LuxemburgerInnen. Eine solche Stellenausschreibung verstößt außerdem gegen die geltenden EU-Prinzipien. Darauf haben Dias und Pinheiro richtigerweise aufmerksam gemacht.

Die hierzulande lebenden PortugiesInnen sind nicht nur ArbeiterInnen, sondern politische AkteurInnen. Die Einschreibung in die Wahllisten für die Europa- und Kommunalwahlen im kommenden Jahr lässt indes ein eher verhaltenes Interesse der portugiesischen Gemeinde in Luxemburg erwarten. Eine Aufgabe von Dias und Pinheiro ist es deshalb, die eigenen Landsleute von der Bedeutung der politischen Partizipation hierzulande zu überzeugen.

Nicht zuletzt müssen die beiden Delegierten die PortugiesInnen gegenüber den Luxemburger Behörden stimmgewaltig und überzeugend vertreten und ihr Mauerblümchendasein beenden, das sie in den Schulen und im kulturellen Bereich des Großherzogtums führen. Denn die hiesigen PortugiesInnen leben nicht parallel zur Luxemburger Gesellschaft, sondern sind Teil von ihr.

*Stefan Kunzmann ist Redakteur der woxx.*

## Immer Donnerstag



Donnerstag ist Stresstag, zumindest in der woxx-Redaktion. AnruferInnen merken das an der direkten, aber immer höflichen Art mit der Gespräche möglichst rasch einem Ende zugeführt werden. Jede Minute zählt, wer verschläft, der kann seine Mittagspause abschreiben. Diese Woche schien es, als sollte eine Kollektiv-Sabotage auf die Redaktion verübt werden. Wegen der Arcelor-Demo ging im Bahnhofsviertel nichts mehr. Auch der öffentliche Nahverkehr wurde, ohne Vorwarnung oder Erklärung, "großräumig" umgelegt. Die Buslinien, die aus dem Stadtzentrum zum Bahnhof fahren, wurden über Hollerich(!) umgeleitet, denn die Seitenstraßen des Plateau Bourbon waren für die Wasserwerfer reserviert. Ab dem Centre Aldringen stand der Bus die ganze Zeit im Stau, und bei der Überführung in Richtung Bonneweg durften die genervten Fahrgäste wieder aussteigen. Die Linie 3, aus Bonneweg kommend, die sonst fast vor der woxx-Tür zu stehen kommt, ließ einfach zwei Haltestellen ausfallen und so musste der Koordinator dieser Woche im Laufschrift aus der Oberstadt ins Bahnhofsviertel zurückkehren. Wäre er doch gleich zu Fuß gegangen!



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • **Herausgeberin:** woxx soc. coop. • **Redaktion:** Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Stefan Kunzmann (stefan.kunzmann@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danielle.weber@woxx.lu). Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • **Karikaturen:** Guy W. Stoos • **Fotos:** Christian Mosar • **Verwaltung:** (admin@woxx.lu) • **Bürozeiten:** Mo. - Fr. 10 bis 13 und 14 bis 16 Uhr. • **Druck:** c. a. press, Luxembourg • **Einzelpreis:** 1,49 € • **Abonnements:** 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • **Postscheckkonto:** CCPL IBAN LU18 1111 1026 5428 0000 (Neu-Abo bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • **Anzeigen:** Espace Régie Luxembourg s.a. Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • **Recherchefonds:** Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL IBAN LU69 1111 0244 9551 0000 der "Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • **Post-Anschrift:** woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • **Büros:** 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • **E-mail:** woxx@woxx.lu • **Site:** www.woxx.lu • **Tel.:** (00-352) 29 79 99-0 • **Fax:** 29 79 79